



Mehr interkulturelle Verantwortung – jetzt!

Kulturpolitische Gesellschaft fordert eine interkulturelle Agenda

➤ In der Bundesrepublik Deutschland leben rund 15 Mio. Menschen, deren kulturelle Wurzeln außerhalb unseres Landes liegen. Davon sind 8 Mio. Deutsche und 7 Mio. sogenannte »Passausländer«, die z.T. schon seit Jahrzehnten hier wohnen und arbeiten. Im letzten Jahr sind allein 1 Mio. Menschen nach Deutschland eingewandert. Zuwanderung ist damit zum Normalfall, die multikulturelle Gesellschaft zur Regel geworden. In absehbarer Zeit werden die MigrantInnen und ihre Nachkommen in den westdeutschen Großstädten die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Im deutschen Kulturbetrieb spiegelt sich diese interkulturelle Realität bislang jedoch immer noch nicht hinreichend wider.

Die Kulturpolitische Gesellschaft hat daher allen Anlass, für eine interkulturelle Agenda einzutreten, die folgende Elemente umfasst:

Es ist Aufgabe einer demokratischen und zukunftsorientierten Kulturpolitik, die mit der Zuwanderung verbundenen kulturellen Chancen und Potenziale aktiv aufzugreifen. Das Recht auf kulturelle Teilhabe verpflichtet Staat und Kommunen, kulturelle Diversität und Integration gleichermaßen zu fördern. Vor dem Hintergrund der Migrationsrealität muss neu reflektiert werden, wie unser (gemeinsames) kulturelles Erbe definiert und vermittelt werden soll. Interkulturelle Kulturpolitik ist eine dauerhafte Herausforderung für moderne Einwanderungsgesellschaften und ihre kulturellen Institutionen. MigrantInnen sind nicht nur als Rezipienten, sondern vor allem auch als Produzenten und Akteure in der Kulturarbeit und der Kulturpolitik stärker zu beteiligen. Ihnen sollte in kulturpolitischen Verbänden sowie in den Programm- und Förderkommissionen des öffentlichen Kunst- und Kulturbetriebs Verantwortung übertragen werden. Interkulturalität ist bei der Besetzung von Stellen und Gremien ein unverzichtbares Kriterium.

Interkulturelle Kulturpolitik kostet Geld, das Kommunen, Länder und Bund gerade auch in finanziell angespannten Zeiten aufbringen müssen. Nur so lässt sich das Bürgerrecht Kultur für alle gewährleisten. Eine Integrationspolitik, die die verbindende Kraft von Kunst und Kultur außer Acht lässt, kommt unsere Gesellschaft am Ende teurer zu stehen als eine kluge interkulturelle Kulturarbeit an Finanzmitteln erfordert.

Die Zukunft der Kulturpolitik ist interkulturell!

Köln/Bonn, den 29. Juni 2012

Präsident

Prof. Dr. Oliver Scheytt,
Geschäftsführer KULTUREXPerten Dr. Scheytt
GmbH, Essen

Vizepräsidenten

Tobias J. Knoblich,
Kulturdirektor der Landeshauptstadt Erfurt

Dr. Iris Magdowski,
Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport der
Landeshauptstadt Potsdam

Schatzmeister

Kurt Eichler,
Geschäftsführer der Kulturbetriebe Dortmund

Beisitzer

Svetlana Acevic,
Projektkoordinatorin beim Forum der Kulturen
Stuttgart e.V.

Hajo Cornel,
Abteilungsleiter Kultur im Ministerium für
Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes
Brandenburg, Potsdam

Siegfried Ehrmann, MdB,
Sprecher für Kultur und Medien der SPD-
Bundestagsfraktion, Moers/Berlin

Prof. Monika Grütters, MdB,
Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und
Medien des Deutschen Bundestages, Berlin

Bernd Hesse,
Geschäftsführer der LAKS Hessen e.V., Kassel

Dagmar von Kathen,
Leiterin des Fachbereiches Kultur der Stadt
Osnabrück

Adil Kaya,
Vorstandsvorsitzender InterForum – Kunst &
Kultur Nürnberg International e.V.

Prof. Dr. Armin Klein,
Professor für Kulturwissenschaft und Kultur-
management, Ludwigsburg

Achim Köneke,
Kulturamtsleiter der Stadt Freiburg im Breisgau

Dr. Dorothea Kolland,
Leiterin des Amtes für Kultur und Bibliotheken,
Berlin-Neukölln

Dietrich Koska,
Kanzler der Kunstakademie Düsseldorf

Eva Leipprand,
Kulturbürgermeisterin a.D., Augsburg

Hans-Joachim Otto, MdB,
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Berlin

Dr. Dieter Rossmeissl,
Berufsm. Stadtrat, Referent für Kultur, Jugend
und Freizeit der Stadt Erlangen

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, MdB,
Bildungspolitischer Sprecher der CDU-
Landtagsfraktion NRW, Münster

Jörg Stüdemann,
Stadtdirektor, Kämmerer und Kulturdezernent der
Stadt Dortmund

Geschäftsführer

Dr. Norbert Sievers
Dr. Bernd Wagner (Stellvertreter)

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft Köln
Kto.: 8228900
BLZ: 370 205 00
BIC: BFSWDE33
IBAN: DE18 3702 0500 0008 2289 00